

Viel Lob – aber kein Geld

Der Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt droht mangels Geld das Aus

Dass ganz verschiedene Interessengruppen an einem Strang ziehen, gibt es nicht oft. Beim Cannstatter Projekt „Straßensozialarbeit“ arbeiten Sozialarbeiter, Geschäftsleute und Polizei Hand in Hand – mit Erfolg. Trotzdem droht dem Modellprojekt das Aus, weil der Gemeinderat eine Finanzierung abgelehnt hat und die bisherigen Fördermittel der „Aktion Mensch“ ausgelaufen sind.

■ BAD CANNSTATT – Rund 60 000 Euro im Jahr müsste die Stadt locker machen, damit die Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt weiter laufen kann wie bisher.

Eine vergleichsweise bescheidene Summe – vor allem, wenn man Kosten und Nutzen gegenüber stellt. Als das Projekt im Frühjahr 2005 nach einer gut zweijährigen Vorbereitungsphase startete, gab es in Cannstatt schon seit einiger Zeit Ärger, und zwar insbesondere in der Marktstraße: Dort trafen sich regelmäßig bis zu 60 Menschen, viele davon mit Suchtproble-

men oder psychischen Auffälligkeiten.

Bürger beschwerten sich über Betrunkene und Pöbeleien und auch die Mitglieder des Gewerbe- und Handelsvereins waren alles andere als erfreut über die Szene in der Innenstadt.

Probleme dieser Art gibt es in fast jeder Stadt. Doch während andernorts Sitzbänke gegen unbequeme Gitterhocker ohne Lehne ausgetauscht werden und die Polizei Platzverweise ausspricht, setzten sich in Cannstatt die Wohnungsnothilfe, der Sozialpsychiatrische Dienst und die Ambulante Hilfe gemeinsam mit dem Gewerbe- und Handelsverein Cannstatt (GHV), der Altstadt Bad Cannstatt, der Polizei sowie Gemeinde- und Bezirksbeiräten und der Verwaltung an einen Runden Tisch.

Das Ergebnis war das Projekt „Straßensozialarbeit“, das einen Ausgleich zwischen verschiedenen Interessengruppen schafft und „ein funktionierendes Unikat“ ist, wie Birgit Ehret-Bresing von

der Ambulanten Hilfe e.V. betont.

Drei Jahre lang finanzierte die „Aktion Mensch“ zu 70 Prozent drei Streetworker-Stellen, den Rest steuerten Ambulante Hilfe, Caritas, GHV, Altstadt Bad Cannstatt und der Bezirksbeirat bei. „Letztendlich gab’s bei diesem Projekt nur Gewinner“, findet Andrew Readwin, der Vorsitzende des Gewerbe- und Handelsvereins (GHV). Die anfangs rund 60-köpfige Gruppe in der Fußgängerzone schrumpfte dank der Straßensozialarbeit von Streetworkerin Iris Schüle und zwei Kollegen auf eine überschaubare Zahl von zehn, 15 Menschen.

„Damit kann man sehr gut leben“, sagt Guido Passaro, der Leiter des Polizeireviers Bad Cannstatt: „Runterfahren auf Null – das geht nicht.“ Auch Passaro ist überzeugt vom Cannstatter Modellprojekt: „Wir doktern sonst oft nur an den Symptomen herum. Eigentlich sind wir aber daran interessiert, die Dinge mit einem ganzheitlichen An-

satz anzugehen.“ Von Platzverweisen hält er nicht viel: „Wo sollen die Leute denn hin verschwinden? Wir können sie nicht aus dem Stadtbild vertreiben und wollen das auch nicht.“

Umso mehr, als es sich bei einem Großteil der Betroffenen um Cannstatter handelt. Die wenigsten sind ohne Wohnung, viele aber haben ein Suchtproblem oder sind psychisch auffällig.

Für die drei Streetworker war es anfangs schwer, das

Vertrauen dieser Menschen zu gewinnen.

Nach drei Jahren Arbeit hätten sie nun so langsam den Fuß drin, sagt Sozialarbeiterin Iris Schüle: „Sie glauben uns, dass wir ihnen nichts Böses wollen und neh-

men langsam Hilfe an.“ Doch Ende Februar lief die als Anschubfinanzierung gedachte Förderung der „Aktion Mensch“ aus. Der Antrag der SPD auf Regelförderung scheiterte im Gemeinderat. Bis zum Ende dieses Monats finanziert die Stadt Stuttgart das Projekt noch übergangsweise – und dann sieht es düster aus. Zwar ist eine weitere Finanzierung bis Ende 2009 durch die Stadt in Sicht, jedoch mit einer deutlich reduzierten Stundenzahl von jeweils acht statt 20 Wochenstunden für die beiden Träger Ambulante Hilfe und Caritas. „Acht Stunden sind quasi für die Katz“, sind sich die Projektinitiatoren einig. „Alle finden das Projekt hervorragend, aber keiner will’s bezahlen“, sagt Birgit Ehret-Bresing enttäuscht. Und Andrew Readwin fügt frustriert hinzu: „Es ist heuchlerisch, wenn Vertreter von Parteien sagen es gibt Bedarf, das ist ein tolles Projekt – und nun seht zu, wie ihr das haushaltsneutral umsetzt.“ Der GHV-Vorsitzende ist sich sicher: „Wenn das Problem in der Königstraße wäre, dann wäre schon längst Geld da.“ anc